

Volksabstimmung vom 24. November 2013

Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes
über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen
(Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG)

Preiserhöhung der Autobahnvignette um 150 Prozent
von 40 auf 100 Franken

ARGUMENTARIUM



Nationalstrassenabgabegesetz
(Vignetten-Verteuerung)

NEIN

Schluss mit der Abzocke.

NEIN zur 100-Franken-Autobahnvignette!

www.100fr-vignette-nein.ch

Ausgangslage

Am 24. November 2013 stimmt das Schweizer Volk über die Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (kurz: Nationalstrassenabgabe-gesetz, NSAG) ab. Dabei geht es im Kern um eine Erhöhung des Preises der Autobahnvignette um 150 Prozent von 40 auf 100 Franken.

Ein überparteiliches Komitee hat gegen diese Preiserhöhung das Referendum ergriffen und innert weniger Wochen 125'000 Unterschriften gesammelt. Nötig gewesen wären nur 50'000 Unterschriften. Nur dank diesem Referendum darf das Volk überhaupt über die Preiserhöhung der Autobahnvignette abstimmen. Die Bundesverwaltung, der Bundesrat und die Mehrheit des Bundesparlaments wollten diese Abgabenerhöhung am Volk vorbei schleusen.

Vorsicht: Es wird gemogelt

ACHTUNG! Überprüfen Sie, was man Ihnen vor der Abstimmung erzählt. Nie dürfte von den Befürwortern einer Vorlage im Vorfeld einer Abstimmung so viel gemogelt werden, wie vor der Abstimmung über die 100-Franken-Vignette. Bei jedem Auftritt von Pro-Referentinnen und Pro-Referenten in den verschiedenen Regionen der Schweiz werden den Menschen als Beispiele regionale Strassenprojekte genannt, die angeblich nicht finanziert werden können, wenn das Volk die Preiserhöhung der Autobahnvignette ablehne. Doch diese Strassenprojekte sind in den allermeisten Fällen gar nicht Teil der Vorlage. Man will damit nur auf regionalen Stimmenfang gehen und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger um den Finger wickeln. In diesem Argumentarium zeigen wir Ihnen, worum es bei der Volksabstimmung vom 24. November 2013 wirklich geht.

Fakten und Argumente: Kurzversion

1. Der private Fahrzeugverkehr ist bereits heute kostendeckend:
Es braucht keine Vignetten-Preiserhöhung, da die privaten Fahrzeuglenkerinnen und Lenker bereits heute für alle Kosten des Strassenverkehrs aufkommen!
2. 70 Prozent der Einnahmen werden zweckentfremdet:
Von den 9,5 Milliarden Franken, die der private Verkehr pro Jahr abliefern, fließen rund 70% in die Kassen von Bund und Kantonen oder die Bahninfrastruktur. Braucht es also mehr Geld für die Strassen, müssen die vorhandenen Einnahmen dafür benutzt werden!
3. Teurere Vignetten heisst tiefere Steuern:
Der Bund sagt, er müsse höhere Vignettenpreise verlangen, da er neu für den Unterhalt von 380 Kilometer bereits gebauter Kantonsstrassen zuständig ist. Wenn dem wirklich so wäre, müssten die Kantone, die Strassen an den Bund abgeben haben, die Steuern entsprechend senken!
4. Höhere Vignetten-Kosten treffen alle Konsumenten:
Transporteure, Taxi-Unternehmen, Gewerbetreibende, Firmen mit Aussendienst müssten alle viele teure Vignetten kaufen und würden die Zusatzkosten auf die Konsumenten abwälzen.
5. Höhere Vignetten-Kosten führen zu Mehrverkehr in den Dörfern und Städten:
Viele Autofahrer, die sich die Preiserhöhung nicht leisten können oder leisten wollen, werden auf Landstrassen ausweichen. Die Folge: Mehr Verkehr in Dörfern und Städten!
6. Ausländer werden bevorzugt:
Neu soll für 40 Franken eine sogenannte «Zweimonats- Vignette» gekauft werden können. Davon profitieren vor allem Ausländer, die damit quer durch die Schweiz reisen und unsere Autobahnen viele Kilometer mehr benutzen als manche Schweizer, welche übers Jahr nur selten auf der Autobahn fahren.

Fakten und Argumente: Im Detail

Privater Fahrzeugverkehr ist längstens kostendeckend

Der Bund nimmt jährlich 9,5 Milliarden Franken durch Steuern, Gebühren und Abgaben des Privatverkehrs (mehrheitlich durch Auto- und Motorradfahrer) ein. Der private Fahrzeugverkehr finanziert sich heute kostendeckend, es bleibt sogar ein Überschuss.

70 Prozent der Einnahmen zweckentfremdet

Von den erwähnten 9,5 Milliarden Franken fliessen rund 70 Prozent in die Kassen von Bund und Kantone sowie in die Finanzierung der Bahninfrastruktur. Konkret werden jährlich 4 Milliarden Franken in die allgemeine Bundeskasse, 0,9 Milliarden in die Kassen der Kantone und 1,75 Milliarden Franken in den öffentlichen Verkehr abgezweigt. Die Folge: Weil sich zu viele aus dem Topf der Auto- und Motorradfahrer bedienen und zu viel Geld zweckentfremdet wird, bleibt zu wenig übrig für die elementaren Bedürfnisse des motorisierten Verkehrs sowie für die Erschliessung der Regionen. Der Bundesrat und das Parlament machen es sich zu einfach, wenn sie meinen, dass die Strassenbenutzerinnen und -benutzer die Kosten, die sie schon einmal bezahlt haben, über neue Abgaben immer wieder zahlen sollen. Dagegen gilt es am 24. November mit einem wuchtigen NEIN zur 100-Franken-Autobahnvignette STOPP zu sagen.

Der Auslöser: Netzbeschluss

Mit dem so genannten „Netzbeschluss“ (welcher mit der Vignettenabstimmung zusammenhängt) werden 380 Kilometer bereits gebaute Kantonsstrassen unter die Obhut des Bundes verschoben. Für den Betrieb und Unterhalt dieser Kantonsstrassen muss der Bund jährlich mehr als 100 Millionen Franken zusätzlich aufwenden. Diese Mehrbelastung soll jetzt noch einmal auf dem Buckel der Auto- und Motorradfahrerinnen und -fahrer abgewälzt werden, mittels Erhöhung des Preises der Autobahnvignette.

Doch, der Betrieb und Unterhalt dieser 380 Kilometer Kantonsstrassen, die neu von den Kantonen zum Bund verschoben werden, wurde bisher schon bezahlt – und zwar aus unterschiedlichen Kassen der Kantone. Noch kein einziger der betroffenen Kantone, der Strassen und somit Kosten an den Bund abtreten kann, hat angekündigt, seine Steuern nach der Verschiebung der Kosten zum Bund entsprechend zu senken. Passiert das nicht, handelt es sich bei der Erhöhung des Preises der Autobahnvignette zum vorneherein um eine „versteckte Steuererhöhung“.

Kaum regionale Strassenprojekte gefährdet?

Neben den 380 Kilometern Kantonsstrassen sind in der Abstimmungsvorlage folgende Strassenprojekte abschliessend aufgeführt, die realisiert werden sollen:

- Umfahrung La Chaux-de-Fonds
- Umfahrung Le Locle
- Umfahrung Näfels

Wie prioritär diese Projekte sind, ist eine andere Diskussion. Aber dafür den Preis der Autobahnvignette um 150 Prozent zu erhöhen ist absurd.

Will Ihnen jemand im Abstimmungskampf andere Strassenprojekte schmackhaft machen, die bei einer Ablehnung der Abstimmungsvorlage angeblich nicht gebaut werden können, lügt er oder sie. Alle anderen Projekte sind schlicht nicht Teil dieser Abstimmungsvorlage. Es handelt sich wie bereits erwähnt um bereits bestehende Strassen, welche neu vom Kanton an den Bund abgegeben werden. Bei diesen Strassen sind weder ein Ausbau noch eine Umfahrung geplant. Die bleiben so bestehen, wie sie heute schon sind.

Genug Geld für Strassen vorhanden

Alleine 4 Milliarden Franken, welche von den Strassenbenutzerinnen und -benutzern bezahlt werden, verschwinden jährlich in der allgemeinen Bundeskasse. Sträflich wurde der Strassenbau in den letzten Jahren vernachlässigt. So kommt der Ausbau der Autobahn zwischen Bern und Winterthur auf durchgehend sechs Spuren um mindestens zehn Jahre zu spät. Und wenn gebaut wird, wählt der Bund immer noch die Luxusvariante mit teuren Pannestreifen anstelle von regelmässigen Ausstellplätzen, was einen grossen Landverlust zur Folge hat. Die Strassenbenutzerinnen und -benutzer können nichts für die politischen Fehlentscheidungen des Bundesrates und der Verwaltungen. Sie jetzt erneut zur Kasse zu beten ist schlicht verantwortungslos. Sie für etwas bezahlen zu lassen, das sie schon einmal bezahlt haben, ist Abzockerei. Heute wäre genügend Geld für den sinnvollen Strassenbau und -unterhalt vorhanden, wenn das Geld des Privatverkehrsteilnehmer nicht ständig gebraucht wird, um die Löcher in der Bundeskasse und dem öffentlichen Verkehr zu stopfen.

Folgen der 100-Franken-Autobahnvignette für Unternehmen

Für Unternehmen mit grossem Fahrzeugbestand und mit mit Anhängern, hätte eine Erhöhung des Vignettenpreises um 150 Prozent massive Kostenfolgen. Betriebe im Aussendienst, Kurierdienste, Gewerbe, KMU, Taxiunternehmen usw. hätten jährlich anfallende enorme Mehrkosten. Diese Mehrausgaben würden wiederum auf die Konsumenten abwälzen. Somit trifft die Vignettenpreiserhöhung alle Bürgerinnen und Bürger.

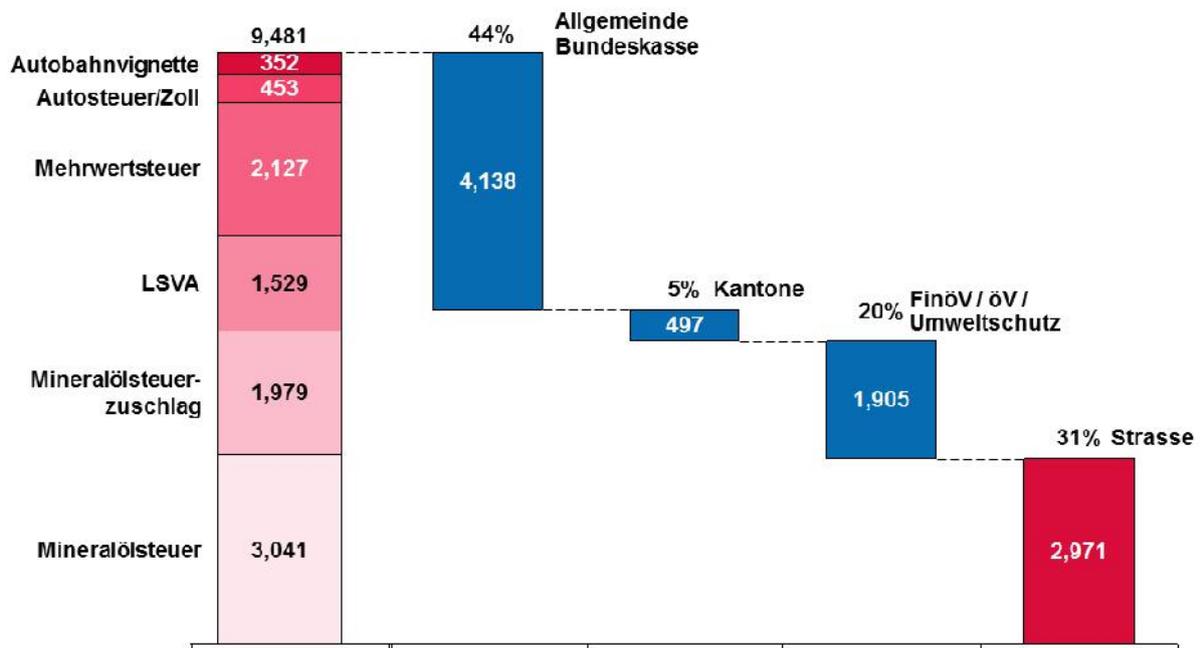
Folgen der 100-Franken-Autobahnvignette für Private

Haushalte mit mehreren Autos, mit Wechselschildern und/oder mit zusätzlichen Fahrzeugen wie Motorrädern, Anhängern, Wohnwagen usw., werden unverhältnismässig zur Kasse gebeten. Obwohl sie nie alle Fahrzeuge gleichzeitig verwenden können, müssen sie jedes Jahr auf jedes Fahrzeug eine 100-Franken-Vignette kleben. Augenfällig wird dieses Problem bei Bootsanhängern, die man bestenfalls zweimal im Jahr braucht, im Frühling und im Herbst, um ein Boot zum See und wieder zurück zu transportieren. Da nützt auch die „Zweimonats-Vignette“ für 40 Franken nichts. Das ist unfair und eine Abzockerei des Privatverkehrs sondergleichen. Es ist auch unsozial, weil es z.B. kinderreiche Familien mit berufstätigen Eltern, die auf ein Auto angewiesen sind oder Menschen in Randregionen, ohne gute ÖV-Verbindungen, sehr hart trifft.

Abzocke bei Strassenbenutzerinnen und –benutzern

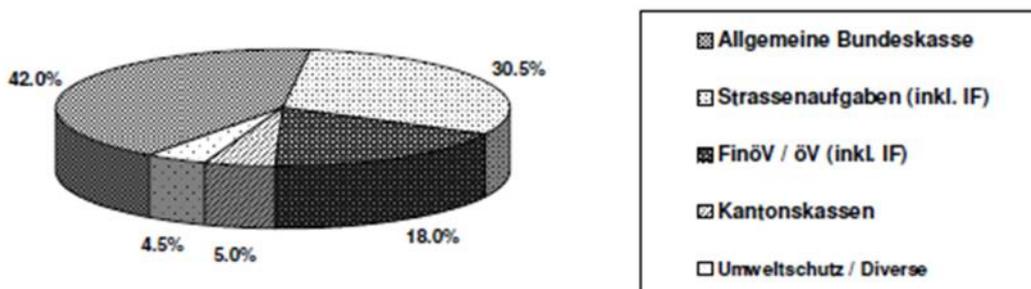
Der Strassenverkehr finanziert sich heute zu 113 Prozent (Selbstfinanzungsgrad). Doch wissen Sie, woher das Geld kommt? Wissen Sie, wo Ihnen überall Geld aus dem Sack gezogen wird? Angesichts der folgenden Zahlen werden auch Sie die geplante Erhöhung des Vignettenpreises um 150 Prozent als Abzockerei anschauen.

Strassensteuern: Finanzierung und Verwendung



Bemerkung: In Mio. Franken, Abweichung von 30 Mio. Franken
Quelle: EFD, strassenschwiz

Darstellung der prozentualen Verwendung der Strassen- und Autosteuern des Bundes im Jahr 2012



Ausländerinnen und Ausländer werden bevorzugt

Neu soll für 40 Franken eine so genannte „Zweimonats-Vignette“ gekauft werden können. Davon profitieren vor allem Ausländer, die damit quer durch die Schweiz reisen und unsere Autobahnen viele Kilometer mehr benutzen als manche Schweizer, welche übers Jahr nur selten auf der Autobahn fahren.

Wer schon mal in Italien, Frankreich oder Spanien mit dem Auto unterwegs war weiss, wie oft man als Ausländer an den Zahlstellen zur Kasse gebeten wird und was einem dort eine Autoreise kosten kann.

In Deutschland hingegen steht ein anderes Modell zur Diskussion, die „Ausländer-Maut“, eine Autobahngebühr nur für Ausländer, während Deutsche die Autobahnen kostenlos nutzen können.

Es lohnt sich, keine Vignette mehr zu kaufen

Bei 100 Franken pro Vignette fängt es für viele Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer an interessant zu werden, die Autobahnen zu meiden und auf den Kauf einer Vignette zu verzichten. Folge: Der Verkehr auf den Haupt- und Nebenstrassen wird wegen der teureren Autobahnvignette noch mehr zunehmen (Navigationsgeräte machen es möglich). Sie meinen, das sei eine Utopie? Falsch. Das ist tägliche Realität in Ländern wie Italien, Frankreich oder Spanien, wo die Autobahnen so teuer sind, dass sie sich Einheimische nicht mehr leisten können und immer häufiger Hauptstrassen benutzen. Ergebnis: Haupt- und Nebenstrassen genügen der Belastung immer weniger, Staus, mehr Lärm und zunehmende Umweltbelastung sind die Folgen. Wollen wir solche Verhältnisse in unseren Dörfern und Städten?

Die Benutzung der Autobahn wird immer mehr zu einem „Luxus“ den sich bestimmte Menschen nicht mehr leisten können, respektive den man umgehen kann, indem man durch Dörfer und Städte fährt.

Die Vignetten-Preiserhöhung ist nur eine von vielen bevorstehenden Mehrkosten

Wer denkt, mit der Erhöhung der Vignettenpreise sei wieder eine Zeit lang Ruhe, täuscht sich. Die nächste Vorlage, mit welcher die Mineralölsteuer um 15 Rappen erhöht werden soll, ist im Bundeshaus schon in der Pipeline. Auch Diskussionen über die Einführung von Roadpricing (Strassenzoll), Mobilitypricing (Steuer pro gefahrene Kilometer), CO₂-Strafsteuer auf Neuwagen oder die Erhöhung der Autoimportsteuer werden in Bundesbern bereits diskutiert. Der Privatverkehr ist die Milchkuh der Nation, dem Strassenbenutzer wird immer mehr Geld aus dem Sack gezogen, um alles andere finanzieren zu können – nur nicht den Ausbau von guten Strassen.

Wenn an Frau Bundesrätin Leuthard und ihrer Verwaltung nun jetzt nicht endlich ein klares STOPP aus der Bevölkerung gesendet wird, kann sich der Mittelstandsbürger schon sehr bald das Autofahren nicht mehr leisten.

Die Vignettenerhöhung löst die wirklichen Probleme im Strassenverkehr nicht

Unsere Strassen sind überfüllt, es gibt in der ganzen Schweiz grosse Engpasssituationen. Ein Zustand, der sofort und mit der zunehmenden Einwanderung und somit dem sehr raschen Wachstum der Schweizer Bevölkerung angegangen werden muss. Besonders betroffen vom Stau sind die Agglomeration um Zürich, Genf, Lausanne, Basel, Bern und der Gubristtunnel, die Nordumfahrung der Stadt Zürich und der Gotthard.

Die arbeitende Bevölkerung verbringt täglich viel zu viel Zeit im Stau. Laut Bundesamts für Strassen betrug die Anzahl der Staustunden wegen Verkehrsüberlastung im Jahr 2009 8'029 Stunden, im Jahr 2010 waren es 11'786 Stunden. Im Jahr 2012 betrug die Staubebelastung 19'921 Stunden. Staustunden bedeuten enorme wirtschaftliche Kosten.

Durch die Erhöhung der Autobahnvignette wird es keine einzige Minute weniger Stau geben. An keiner der kritischen Stellen ist aus dem Vignettengeld ein Ausbau geplant. Definitiv der Beweis, dass der Auto- und Motorradfahrer wieder einmal mehr zur Kasse gebeten wird ohne Mehrwert!



Massive Zunahme der Anzahl Staustunden in den Jahren 1994 bis 2012

Der trügerische Vergleich mit dem Ausland

Immer wieder wird von den Befürwortern argumentiert, dass man im Ausland viel mehr bezahlen muss als in der Schweiz und somit eine Erhöhung der Autobahnvignette gerechtfertigt sei. Sogar der Bundesrat vergleicht die Autobahngebühren der Schweiz mit unseren zum Teil teuren Nachbarnländern. Nur wird unsere Gebühr immer nur mit den ganz teuren ausländischen Abgaben verglichen. Niemand spricht von den Ländern, welche keine Autobahngebühren haben. Oder von Deutschland, wo diskutiert wird, allen Ausländern eine Gebühr in Rechnung zu stellen (Ausländer-Maut). Das neue Modell der Schweiz wäre genau umgekehrt. Der Schweizer zahlt 100 Franken, der ausländische Tourist nur 40 Franken.

Der Vergleich mit dem Ausland ist aber grundsätzlich absolut falsch, ja sogar lächerlich. Man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Wenn man die Preise in der Schweiz mit denen im Ausland vergleichen will, muss man sämtliche Verkehrsabgaben genau anschauen und miteinander vergleichen, nicht nur die Autobahnvignette. Kein Land auf dieser Welt hat ein genau identisches Steuer- und Abgabensystem wie die Schweiz. Deshalb ist es schlicht unmöglich, bei der Vignette einen Vergleich mit dem Ausland zu machen. Die Abgaben, Gebühren und Steuern im Ausland sind völlig anders aufgebaut. Darum sind auch die Finanzierung und Unterhalt der Strassen völlig unterschiedlich. So wie auch das Rentensystem, das Krankenkassensystem, das Einkommenssteuersystem usw. Bei allen anderen Finanzierungsmodellen werden die schweizerischen Systeme auch nicht mit denen des Auslandes verglichen. Der Vergleich mit dem Vignettenpreis und den Preisen im Ausland ist also schlicht ein verzweifertes Argument ohne fundierte Berechtigung.

Zu den Aussagen und Argumenten der Bundesrätin Leuthard und ihrer Verwaltung im Abstimmungsbüchlein

Aussagen und Argumente der Bundesrätin	Antwort
„Gute Verkehrsbedingungen stärken die Schweiz.“	Ja, das stimmt. Nur werden wir durch die Vignettenpreiserhöhung die wirklichen Probleme auf der Strasse nicht lösen. Die Erhöhung trägt absolut keinen Teil zu besseren Verkehrsbedingungen bei. Es ist dringend an der Zeit, dass wir die wirklichen Probleme auf den Schweizer Strassen lösen anstatt dem Bürger immer mehr Geld aus dem Sack zu ziehen ohne jeglichen Mehrwert.
„Das heutige Nationalstrassennetz wurde 1960 festgelegt und im Netzbeschluss verankert. Seither gab es nur geringe Anpassungen am Nationalstrassennetz, obwohl die Bevölkerung von 5,4 auf 8 Millionen Einwohner gewachsen ist und sich der Strassenverkehr verfünffacht hat. Heute umfasst das Nationalstrassennetz rund 1'800 Kilometer. Um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden, haben Bundesrat und Parlament zusätzliche Strassen in das Nationalstrassennetz aufgenommen...“	Bessere Verkehrsbedingungen auf unseren Strassen sind dringendst nötig. Leider werden die wirklichen Probleme mit der Vignettenhöhung nicht angegangen. Durch die Verschiebung der Strassen von den Kantonen zum Bund wird es kein besseres Strassennetz geben. Bundesrat und Parlament haben lediglich einer Verschiebung der Verantwortung von den Kantonen zum Bund vorgenommen. An den wirklichen Knotenpunkten in der Schweiz wird keine neue Strasse gebaut oder ausgebaut.
Mit der Übertragung in das Nationalstrassennetz können innerorts stark belastete Strassen durch Ortsumfahrungen vom Verkehr entlastet werden. Ausserorts kann die Sicherheit durch den vermehrten Bau getrennter Anlagen für Fussgänger, für Radfahrer sowie für landwirtschaftliche Fahrzeuge erhöht werden.“	Im Nationalstrassenabgabegesetz wurde einzig der Bau der Umfahrungen Näfels, Le Locle und LA Chaux-de-Fonds beschlossen. Alle anderen dringend notwendigen Umfahrungen (Zubringer Emmental/Oberaargau, Seeüberquerung Genf) wurden nicht im Netzbeschluss aufgenommen. Wenn jetzt der Bundesrat von anderen, neuen Ortsumfahrungen spricht, ist das schlicht gelogen! Ein weiteres absolut eigenartiges Argument ist, dass aus dem Vignettengeld vermehrt getrennte Anlagen für Fussgänger und Radfahrer gebaut werden können. Seit wann sind Fussgänger- und Radfahrerwege Nationalstrassen? Gilt auf diesen Fussgänger- und Radfahrerwegen zukünftig auch die Vignetenpflicht? Und müssen Fussgänger dann pro Jack oder pro Schuhe eine Vignette lösen (so wie die Autobahnbenutzer, welche pro Fahrzeug eine Vignette lösen müssen, obwohl sie nie mit mehreren Fahrzeugen gleichzeitig die Autobahn benutzen können)?

<p>„Bei einem Nein zur Vignettenpreiserhöhung bleibt die Erweiterung des Nationalstrassennetzes blockiert.“</p>	<p>Im Netzbeschluss ist klar definiert, dass nur die Umfahrungen Näfels, Le Locle und la Chaux-de-Fonds gebaut werden. Keine einzige Strasse wird zusätzlich gebaut. Das Geld fliesst vor allem in den Unterhalt von bereits bestehenden Strassen, für welche heute die Kantone bezahlen. Somit wird mit einem NEIN zur Vignettenpreiserhöhung keine Erweiterung des Nationalstrassennetzes blockiert.</p>
<p>„Die Vignette garantiert zudem, dass auch die Autofahrer aus dem Ausland einen Beitrag an die Finanzierung des Nationalstrassennetzes leisten: Im letzten Jahr machte dieser Beitrag rund 130 Millionen Franken aus – mehr als ein Drittel der gesamten Vignetten-Erträge.“</p>	<p>Die Autofahrer aus dem Ausland haben die Möglichkeit, für 40 Franken eine 2-Monatsvignette zu kaufen. Somit wird zukünftig mehr als ein Drittel weiterhin von einer billigen Vignette profitieren, während dem alle Schweizerinnen und Schweizer die 100 Franken hinblättern müssen. Der Autofahrer aus dem Ausland wird von Bundesrat und Parlament somit dem fleissigen Schweizer Steuerzahler besser gestellt. Das ist eine Frechheit sondergleichen!</p>

Die falschen Argumente zeigen deutlich, dass der Bundesrat verzweifelt versucht, dem Privatverkehr wieder einmal mehr Geld aus dem Sack zu ziehen, ohne fundierten und berechtigten Argumenten. Das Stimmvolk mit unwahren Argumenten hinters Licht zu führen, ist unfair. Schade, dass unsere Regierung nicht transparent und fair sagt, um was es bei der Vignettenpreiserhöhung wirklich geht: Eine erneute Abzockerei des Privatverkehrs ohne Mehrwert!

Deshalb am 24. November 2013 NEIN zur 100-Franken-Autobahnvignette

Mit einem NEIN zur Erhöhung des Preises der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken können Sie am 24. November 2013 endlich STOPP sagen:

- STOPP zu immer neuen und höheren Gebühren und Abgaben auf dem Buckel der Strassenbenutzerinnen und -benutzer.
- STOPP zur „versteckten Steuererhöhung“ und Abzocke im Strassenverkehr.
- STOPP zu mehr Umwegverkehr, Staus, Lärm und noch mehr Umweltbelastung

Die Strasse benötigt zweifellos mehr Geld. Da sind sich alle einig. Aber bevor die Strassenbenutzerinnen und –benutzer erneut für etwas bezahlen, das sie schon bezahlt haben, sollen zuerst die Einnahmen aus dem Strassenverkehr auch wirklich zur Finanzierung der Strassenprojekte eingesetzt werden. Es kann und darf nicht sein, dass die Strassengelder zur Aufbesserung der ordentlichen Bundeskasse und zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs verwendet werden.

Ein NEIN zur Preiserhöhung der Vignette gibt dem Bund die Möglichkeit, flexiblere Lösungen zu suchen, insbesondere für Autos mit Wechselnummern, Motorräder, Camping-Anhänger, Wohnwagen, Bootsanhänger usw. All diese Fahrzeuge sind nicht jeden Tag, teilweise sogar höchst selten auf der Autobahn.

Ein NEIN zur Preiserhöhung der Vignette gibt dem Bund auch die Möglichkeit, ein Modell zu suchen, bei dem vor allem Ausländerinnen und Ausländer zur Kasse gebeten werden, die unsere Autobahnen nutzen, ohne je etwas daran bezahlt zu haben.

Ein NEIN zur Preiserhöhung der Vignette gibt dem Bund den Auftrag, ein Gesamtkonzept zum Ausbau und der Finanzierung unserer Strasseninfrastruktur zu erstellen.

Weitere Informationen über die Abstimmungsvorlage finden Sie auf
www.100fr-vignette-nein.ch

Kontakt:

Überparteiliches Komitee
„NEIN zur 100-Franken-Autobahnvignette“
Postfach 33
4629 Fülenbach (SO)

Telefon: 062 5 119 119

E-Mail: info@100fr-vignette-nein.ch